

CDU-Wahlrummel im Stadtparlament

Während der Stadtverordnetensitzung am 7. März 1978 gab es eine ausführliche Debatte zum CDU-Antrag „Bürgerbefragung“.
Die Erklärung der DKP hatte folgenden Wortlaut:

Wir haben die Worte des ehemaligen Walldorfer CDU-Fraktionsvorsitzenden Hugo Jung noch im Ohr, als er auf der berüchtigten Aschermittwochssitzung der gemeinsamen Stadtparlamente den Fusionsgegner gehässig zurief: „Laßt die Meute klaffen, die Karawane zieht weiter.“

Wir erinnern uns auch noch an die Worte des damaligen Mörfelder Fraktionsvorsitzenden der CDU Peez, der sich entschieden für die Fusion aussprach, ohne sich allerdings auf den '77er-Termin festzulegen. „In Mörfelden gab es einige Probleme“, meinte Jung. Damals wurden die Weichen gestellt und damals wurden die vier Mörfelder DKP-Stadtverordneten, die einzigen konsequenten Fusionsgegner, nicht nur überstimmt, man hat sie beschimpft und verleumdet. — Und damals wurde zum ersten Mal, viele Monate vor der Fusion, unser Antrag auf Bürgerbefragung von der CDU abgelehnt. Mittlerweile gab es viele öffentliche CDU-Bekundungen für die Fusion! (Uns liegen alle Zeitungsausschnitte vor.)

Da heißt es zum Beispiel:
„Die Zeichen der Zeit sprechen überwältigend und eindeutig für die Fusion.“ oder
„Jetzt müssen wir das Beste aus der Fusion machen.“
Mittlerweile gab es mehrmals für die CDU die Möglichkeit, für eine Bürgerbefragung und für die Fusionsauflösung zu stimmen, auch wenn das immer wieder bestritten wird. Das waren aber Anträge, die allerdings die DKP gestellt

hatte — die CDU stimmte gegen unsere Anträge.

Die CDU hat die Bürger nicht unzureichend gehört — sie hat wie SPD und FDP die Bürgermeinung mißachtet. Das sind zunächst einmal die Fakten. Wir stellen fest:

Die CDU ist genau wie die SPD und die FDP daran schuld, daß Mörfelden und Walldorf ihre Selbständigkeit verloren haben.

Doch nun kommt dieser Antrag auf Bürgerbefragung, auf eine Bürgerbefragung, die gerade die CDU und auch ihr ehemaliger Sprecher Peetz immer abgelehnt haben, „weil wir ja in einer repräsentativen Demokratie leben“.

Eine Bürgerbefragung, die sie ablehnten, weil sie ja die Fusion mit durchsetzen wollten.

Ist die Wendung von heute nun ehrlich gemeint, muß man da fragen. Denn immerhin ist dies ja bereits das zweite Mal, wo man mit einer immer noch vorhandenen Antifusionsstimmung Politik macht.

Die „Bürgermeisterwahl“ und das dem allgemeinen Trend entgegenlaufende Stimmresultat für die SPD war ja auch so ein unredliches Manöver.

Für uns, die wir in diesem Parlament in dieser Frage seither allein standen, ist eine Entscheidung nicht einfach, denn immerhin könnte es ja sein, daß die CDU ihre Meinung geändert hat.

Betrachten wir allerdings die CDU-Praxis, die CDU-regierten Bundesländer, dann zeigt sich, daß Fusionen wie die unsere genauso rigoros gegen den ▶

Solidarität - das Gebot der Stunde!

Während die Unternehmerverbände in der Öffentlichkeit unter der Maske von Biedermännern auftreten, Friedfertigkeit und Verhandlungsbereitschaft vortäuschen, bereiten sie intern ihre Mitgliedsfirmen auf die rechtswidrige Aussperrung vor.

Aussperrung ist ein empörender antidemokratischer Willkürakt. Sie ist in der hessischen Verfassung ausdrücklich verboten. Man muß sich dagegen aktiv zur Wehr setzen und darf sich nicht auf juristische Winkelzüge verlassen. Nur so sind die Pläne der Unternehmer zu durchkreuzen.

„Die Rechnung der Unternehmer darf nicht aufgehen“, heißt es in einem DKP-Aufruf zur Solidarität. Wenn alle Solidarität bekunden, wenn alle solidarisch handeln, dann ist das arbeitende Volk eine gewaltige Kraft.

Deshalb gilt es: Jetzt in allen Betrieben und Büros — überall in unserem Land — mit den streikenden und ausgesperrten Kollegen Solidarität zu üben.

Die Solidarität der Millionen ist stärker als die Macht der Millionäre.

Solidaritätskonto der IG Druck und Papier: Bank für Gemeinwirtschaft Stuttgart: 10 90 51 90 00

▼ Willen der Bevölkerungsmehrheit durchgeführt wurden.

Das ist sicher auch kein Wunder, ist die CDU doch die Hauptträgerin eines Gesellschaftssystems, das die großen Verwaltungseinheiten anstrebt, weil hier vor allem die Konzerne bessere Profite machen können.

Wenn wir über den CDU-Antrag richtig entscheiden wollen, dann müssen wir auch dies berücksichtigen.

Meine Damen und Herren, wir sind felsenfest davon überzeugt, — dieser Antrag ist ein Musterbeispiel politischer Demagogie.

Nicht ehrliches politisches Wollen steht hier im Vordergrund, sondern das Ziel der CDU, die politische Landschaft auch in Hessen weiter nach rechts zu schieben.

Bestimmend ist nicht ein später Sinneswandel, sondern die Gier nach Ministeresseln.

Und weil wir das wissen, können wir hier nicht mitmachen.

Wir werden uns an der Abstimmung nicht beteiligen.



Freitags-Anzeiger

für Morfelden, Walldorf, Kelsterbach und Zeppelinheim · Organ zur Veröffentlichung
der amtlichen Bekanntmachungen der Bürgermeistereien und Behörde.

Freitags-Anzeiger · 6022 Morfelden · Langener Straße 35a

An alle Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Mörfelder Druck- und Verlagsgesellschaft mbH & Co KG

AUSSPERRUNGSERKLÄRUNG

Die Industriegewerkschaft Druck und Papier führt gegen die Mitgliedsfirmen der Verbände Bundesverband Druck, Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger und Verband Deutscher Zeitschriftenverleger Kampfmaßnahmen durch. Die Verbände haben in Abwehr dieses Arbeitskampfes beschlossen, daß ihre Mitgliedsfirmen ihre Lohnempfänger aussperren.

Beginn der Aussperrung: Dienstag, 14. März 1978, 6.00 Uhr.

Die Geschäftsleitung der Firma Mörfelder Druck- und Verlagsgesellschaft mbH & Co KG gibt in Durchführung dieses Beschlusses bekannt, daß die Arbeitsverhältnisse der Arbeiter und Arbeiterinnen ab Dienstag, 14. März 1978, 6.00 Uhr für die Dauer des Arbeitskampfes ausgesetzt werden und ruhen.

Während dieser Zeit darf das Werksgelände nicht betreten werden; die Lohnzahlungspflicht entfällt. Eine Auflösung der Arbeitsverhältnisse ist mit dieser Aussperrung nicht verbunden.

Von der Aussperrung ausgenommen sind die für den Notdienst bestimmten Personen. Diesen geht hierüber gesonderte Mitteilung zu.

Die vorstehende Aussperrungsmaßnahme wird hiermit bekannt gemacht. Der Zeitpunkt der Wiederaufnahme der Arbeit wird nicht durch Einzel schreiben, sondern durch Anschlag an den Fabriktoren oder gegebenenfalls durch die öffentlichen Nachrichtennetze bekannt gegeben.

14. März 1978

Wer aussperrt, gehört eingesperrt!

... sagen die um ihre Arbeitsplätze kämpfenden Druckereiarbeiter. Mit den Aussperrungen wollen die Unternehmer die Gewerkschaften und ihre Mitglieder in die Knie zwingen. Diese Aussperrungen verstoßen gegen das Grundgesetz und die Hessische Verfassung. Zu den Verfassungsbrechern gehört jetzt auch der, voll auf CDU-Kurs gegangene, „Freitags-Anzeiger“.

Waffengleichheit?

Kennzeichnend für die Brutalität und Skrupellosigkeit der Unternehmer sind ihre Aussperrungen. Sie möchten die Gewerkschaften und deren Mitglieder in die Knie zwingen und ihrem Diktat unterwerfen. Dreist behaupten sie, mit den Aussperrungen sei die „Waffengleichheit“ gegenüber den Streikenden wiederhergestellt. Dies ist eine glatte Lüge, die durch ihre ständige Wiederholung — auch durch den Mund des Kanzlers — nicht wahr wird. Wie steht es in Wirklichkeit mit der Waffengleichheit?

Die Unternehmer sind als die Besitzer der Fabriken und Produktionsmittel die wirtschaftlich — und auch politisch — Mächtigen in diesem Land. Die Arbeiter und Angestellten haben keine Produktionsmittel. Sie haben nur ihre Arbeitskraft, die sie den

Unternehmern verkaufen. Sie organisieren sich in Gewerkschaften, um dadurch den wirtschaftlich Mächtigen ihre gemeinsame, organisierte und solidarische Kraft entgegenzustellen. Dies und nur dies, ist auch der materielle Inhalt der im Grundgesetz garantierten Koalitionsfreiheit. Die Organisierung in Gewerkschaften und das Kampfmittel Streik dient der Abwehr der Macht der Produktionsmittelbesitzer.

Nur im Streik, wenn die Arbeiter und Angestellten ihre Arbeitskraft verweigern und die Fabrikbesitzer mit ihren Maschinen vorübergehend nichts anfangen können, gibt es so etwas wie eine relative Waffengleichheit. Diese Waffengleichheit kippt aber sofort um, wenn die Fabrikbesitzer aussperren und versuchen, organisierte wie unorganisierte

Arbeiter und Angestellte am Hungertuch nagen zu lassen. Wobei auch nicht zu übersehen ist, daß die Unternehmer mit ihren dicken Bankkonten weder Not leiden, noch sonst Verzicht leisten müssen.

Weil es keine Waffengleichheit zwischen Unternehmern und den Werk tätigen mit ihren Gewerkschaften gibt, wurde die Aussperrung in der hessischen Verfassung verboten. Aber auch nach dem Geist und Buchstaben des Grundgesetzes ist die Aussperrung rechtswidrig. Die Koalitionsfreiheit deckt den Kampf der Werk tätigen und ihrer Gewerkschaften. Nach dem Grundgesetz ist die Aussperrung schon deshalb verfassungswidrig, weil sie ein skrupelloser Mißbrauch des Eigentums

ist, das nach dem Grundgesetz dem Allgemeinwohl zu dienen hat.

Zur angeblichen Waffengleichheit zählt aber auch die Haltung der staatlichen Gewalt. Sie wird immer auf seiten der Produktionsmittelbesitzer zur Geltung gebracht.

In Düsseldorf hat die Polizei unter Einsatz von Gewalt Streikbrecher in die Druckerei der „Rheinischen Post“ geschleust. Davon, daß sie mit Gewalt gegen Unternehmer vorgingen und Aussperrte an den Arbeitsplatz gebracht hat, war nichts zu hören. Dies ist auch im Gesetz nicht vorgesehen, denn die Arbeiter und Angestellten haben kein Eigentum an ihren Arbeitsplätzen. Darüber verfügen allein die Unternehmer. Waffengleichheit? Eine Unternehmerlüge.

CDU wollte Solidarität mit den Druckern verhindern

Auf Antrag der DKP-Fraktion sollte auf der Stadtverordnetenversammlung am 7.3.78 eine Solidaritätsadresse für die streikenden Drucker und ein Protestbrief gegen die Aussperrungspraxis verabschiedet werden. Die CDU polemisierte heftig gegen dieses Vorhaben und nachdem sie noch einen passenden Paragraphen in der „Hessischen Gemeindeordnung“ gefunden hatte, wurde der Tagesordnungspunkt abgesetzt. Daraufhin versandte die DKP-Fraktion das Schreiben an die Hessische Landesregierung in dem es heißt:

„Wir sind äußerst besorgt über die Aussperrung der um ihre Arbeitsplätze kämpfenden Drucker, Setzer und Journalisten in unserem Land.

Damit liegt eine ausdrückliche Verletzung der Hessischen Verfassung vor, in deren Artikel 29 es heißt: „Die Aussperrung ist rechtswidrig.“

Von den Unternehmern werden damit auch Bestimmungen des Grundgesetzes ignoriert, hier heißt es in Artikel 14:

„Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohl der Allgemeinheit dienen. . .“

Durch den verfassungswidrigen Aussperrungsakt sind auch Bürger unserer Stadt betroffen. Wir bitten Sie, den hessischen Druckerei- und Verlagsunternehmern entgegenzutreten und der Hessischen Verfassung Geltung zu verschaffen.“

Nachdem eine Parlamentsklärung verhindert worden war, veröffentlichte auch die SPD-Mörfelden/Walldorf eine Resolution in der es u.a. heißt:

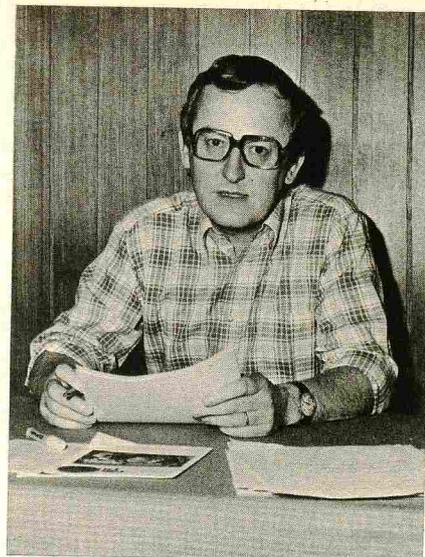
„Neue Fertigungsmethoden dürfen nicht auf dem Rücken der betroffenen Arbeitnehmer eingeführt werden. Aus diesem Grund bringt die SPD-Mörfelden/Walldorf Sympathie und Verständnis für die Arbeitnehmer auf, die mit allem Nachdruck für die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze kämpfen.“

Die CDU hat mit ihrer Haltung bewiesen, daß sie noch nicht einmal auf Ortsebene über ihren Schatten springen kann. Sie ist und bleibt die Unternehmernpartei, die beste Interessenvertreterin der großen Konzerne. Sie konnte zwar einen Tagesordnungspunkt verhindern — nicht verhindern konnte sie die Solidarität!

*Rudi Hechler,
DKP-Kandidat zur
Landtagswahl 1978:*

**„Die Rentner verlieren
in drei Jahren zwei
Monatsrenten.**

**Es zeigt sich:
Das soziale Netz hat
viele Löcher!“**



Die neuen Rentenpläne der Bundesregierung sind der bisher stärkste Eingriff in die gesetzliche Rentenversicherung. Sie verunsichern und belasten Rentner und Beitragszahler. Die seit 1957 als unantastbar geltende bruttolohnbezogene Rentenanpassung wird abgeschafft. Es wächst die Empörung über den erneuten Vertrauensbruch der Regierung.

Arbeitsminister Ehrenberg erläuterte die „Eckwerte“, die er in das 21. Rentenanpassungsgesetz einbringen wird.

Für die rund 16 Millionen Rentner der gesetzlichen Rentenversicherung, der Unfallversicherung, der Kriegsopferversorgung und der landwirtschaftlichen Altersversicherung werden 1979 die Renten um 4,5 Prozent und 1980 und 1981 um je vier Prozent steigen.

Nach der bruttolohnbezogenen Berechnung hätten die Rentenerhöhungen in diesen drei Jahren 7,2 Prozent, 6,9 Prozent und 6,1 Prozent betragen. Für jeden Rentner bedeutet allein diese Neuregelung im Schnitt einen Verlust von zwei Monatsrenten. Nach Meinung Ehrenbergs sei das „ausgewogen“.

Ab 1981 werden zusätzlich die Rentenversicherungsbeiträge von 18 auf 18,5 Prozent erhöht.

Ab 1982 müssen die Rentner Krankenkassenbeiträge leisten.

Die CDU/CSU spielt sich als Beschützer der Rentner auf, obwohl sie das Defizit der Rentenversicherung, Experten schätzen es auf 47 Milliarden Mark bis 1982, nur durch andere Belastungen für die Rentner und Versicherten dämpfen will, zum Beispiel durch einen hohen Krankenversicherungsbeitrag, durch Besteuerung der Renten, durch Infragestellung der flexiblen Altersgrenze.

Es wird jetzt offensichtlich, wer die Opfer der „Stabilitätspolitik“ sind. Es sind die Arbeiter und Angestellten, die Zeit ihres Lebens Rentenbeiträge entrichtet haben oder noch entrichten, um später einmal einen „gesicherten Lebensabend“ verbringen zu können. Heute aber zeigt sich: Nichts ist gesichert und es ist zu befürchten, daß das, was wir gegenwärtig erleben, nur der Beginn einer unheilvollen Entwicklung ist. Denn keine der Parteien, die bei uns das Sagen haben, hat ein Rezept gegen die Krise, als das altbekannte: Die Kleinen schröpfen — die Großen stopfen.

Wir, die Kommunisten der Bundesrepublik sagen: Die Lücke in der Rentenkasse kann ohne Belastung der Rentner und Beschäftigten geschlossen werden

- wenn die Wahnsinnsausgaben für die Rüstung eingeschränkt werden;
- wenn die Milliardensubventionen und Steuergeschenke an die großen Konzerne unterbleiben.

So könnte das Defizit aus Haushaltsmitteln gedeckt werden.

Große Versäumnisse in der Vergangenheit

Heftige Debatten gab es im Stadtparlament und in den Ausschüssen über die Vergabe von städtischen Grundstücken. Aus der Erklärung der DKP-Fraktion, die Stadtverordneter Heinz Hechler vortrug, veröffentlichen wir nachstehend folgende Auszüge.

„Wir sehen, daß die SPD-Fraktion nicht unverschuldet in eine heikle Situation geraten ist. Sicherlich ist es schwer, fünf Bauplätze, im Bereich des Stadtteils Walldorf gelegen, gerecht an die entsprechenden Bewerber in Erbpacht zu vergeben. Wir sind der Meinung, daß bei einer nochmaligen Bekanntgabe sicher sich noch einige beworben hätten. Grundsätzlich sind wir der Meinung, daß hierbei Stadtverordnete oder Mitglieder des Magistrats, nicht bevorzugt oder benachteiligt werden dürfen. Die Sache würde ja heute ganz anders aussehen, wenn die Kommunen einen großen Anteil des bebaubaren Grund und Bodens in den Händen hätten. Hier sind große Versäumnisse aus den 50er und frühen 60er Jahren zu erkennen. Auch damals, unter einer CDU-Bundesregierung, litten Gemeinden wie Mörfelden und Walldorf schon an einer chronischen Finanznot. Ein ungeheurer Nachholbedarf nach dem fürchterlichsten aller Kriege war vorhanden. Große Investitionen im Bereich der Infrastruktur waren vorzunehmen. In Mörfelden und Walldorf wurden in diesen Jahren die schon längst fällige Kanalisierung und der Bau der Kläranlage durchgeführt. Sicherlich glaubten die damaligen Gemeindevertreter, es wäre richtig, nicht noch mehr Schulden zu machen und Grund und Boden aufzukaufen, wo einmal Wohngebiete entstehen sollten. Wir wissen, daß die Hauptschuld an der damaligen Bundesregierung lag, die in ihrer Regierungszeit das Wohnungswesen dem sogenannten ‚freien Spiel der Kräfte‘, dem kapitalistischen Markt von Angebot und Nachfrage, auslieferte, obwohl die Wohnungen als Lebensgrundlage jeder Familie, jedes Bürgers, ein besonders zu schützendes Gut ist.

Mieterhöhungen, Kündigungswillkür, ständig steigende Bau- und Bodenpreise, kennzeichnen diese Situation. Durch die sogenannten „Lücke“-Gesetze der früheren CDU/CSU-Bundesregierung wurden die Mietpreise freigegeben, der Mieterschutz beseitigt, die öffentliche Wohnungsvergabe aufgehoben und der soziale Wohnungsbau gedrosselt, sowie der Grundstücksspekulation Tür und Tor geöffnet. Aber auch der sozialdemokratischen Partei können wir den Vorwurf nicht ersparen, daß Sie in der Zeit der SPD-FDP-Koalition das Steuer nicht herum warf. Trotz vieler Versprechungen änderte sich nämlich auf diesem Gebiet in dieser Zeit so gut wie gar nichts. Auch den örtlichen sozialdemokratischen Kommunalpolitikern muß man heute vorwerfen, daß sie mangels realistischer Einschätzung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung versäumt haben, soviel wie möglich Grund und Boden in den Besitz der Gemeinde zu bringen.

Die CDU hat's gerade nötig...

Die CDU stellte sich in der Debatte um die Vergabe von Erbbauplätzen als die „Hüter von Recht und Ordnung“ dar. In einem Diskussionsbeitrag zeigte DKP-Sprecher Rudi Hechler auf, daß gerade auch die CDU, die eng mit dem kapitalistischen System verfilzt ist, sich in zahlreiche Skandale verwickelt hat.

„Leider gab es heute Abend nur wenig sachliche Diskussionen, aber viele Unterstellungen und Verleumdungen — und alles vor allem, weil eine Wahl am Horizont steht.

Wir von der DKP-Fraktion sagen heute, wie es auch schon die Vertreter der KPD in den 50er Jahren taten, die Kommunen hätten in den Jahren das Feld nicht den großen Baugesellschaften, auch nicht einer Nassauischen Heimstätte, überlassen dürfen und selbst so viel wie möglich Äcker aufkaufen müssen, um somit preisregulierend eingreifen zu können.

Heute ist die Situation dermaßen verfahren, daß wir auf dem Standpunkt stehen, die Stadt sollte bei der geringen Anzahl von Grundstücken, die in städtischen Besitz gelangen, keine zum Verkauf mehr freigeben. Wenn die Stadt, und dies ist sicherlich der Wunsch der meisten in diesem Hause, wirklich etwas für sozial Bedürftige tun will, dann sollte sie mehr städtische Häuser bauen und nicht noch den städtischen Besitz, wie schon einmal vorgesehen, an die Baugemeinschaft abtreten.

In diesen städtischen Mietshäusern sollten die Wohnungen mit sozialen Mieten an wirklich Bedürftige abgegeben werden.

Die DKP-Fraktion hat der Vergabe von städtischen Grundstücken in Erbbaurecht in den zwei Dezember-Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses und des Bauausschusses nicht zugestimmt. Wir werden uns heute Abend, wo es nur noch um den Beschluß über die beiden Vertragsentwürfe über Erbbaurecht an die beiden SPD-Stadtverordneten geht, der Stimme enthalten.“

Nach diesem Abend ist nichts mehr so wie gestern — es bleiben Narben zurück. Wir haben die starken Worte von der CDU gehört und gelesen — ein Unbefangener könnte glauben — ja das ist sie, die unbestechliche Partei — die Aufpasserpartei — ja, die Partei für die ‚kleinen Leute‘. Ist sie das wirklich? — Sind hier die Saubermänner der Nation versammelt? Wir meinen, wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen schmeißen. Wir wollen auch gar nicht anfangen mit Bundespolitik, nicht berichten von Onkel Aloys und den Seinen, wir wollen noch nicht mal die diversen CDU-Skandale aus Rheinland-Pfalz und dem Saargebiet hier öffentlich vortragen. Tatsache ist: Auch hier erhielten CDU-Leute Bauplätze — und wir brauchen nur in die Nachbarschaft zu gehen, um festzustellen, daß es ‚CDU-Kungelei‘ und ‚Schwarzfilz‘ gibt. Da hat die Kommunalaufsicht des Regierungspräsidenten vor einigen Jahren den Herrn Landtagsabgeordneten und Stadtverordneten der CDU in Darmstadt, Bernhard Sälzer, gerügt, weil er offensichtlich bei dem Erhalt eines Erbbauplatzes und bei der Vergabe von Aufträgen ‚sein Wohl‘ mit dem ‚Gemeinwohl‘ verwechselt hatte. Er hatte nachgewiesenermaßen gegen den § 25 der HGO verstoßen und sich ‚unmittelbaren Vorteil‘ verschafft. Oder ein aktuelles Beispiel aus dem schwar gewordenen Dietzenbach. Dort wurde schon ▶



In der Kurt-Bachmann-Halle fanden die Bezirksmeisterschaften der Kunstradfahrer statt. Die vielen Zuschauer erlebten Reigenfahrten, Einerkunstradfahren und viele atemberaubende Kunststücke. Vor allem der Nachwuchs zeigte Beachtliches, die Radsportler der Sport- und Kulturvereinigung Mörfelden schnitten gut ab. Unser Bild: Die SKV-Mädchen wurden Bezirksmeister in der Gruppe B. Von links: Marion Schaffner, Silke Zwilling, Heidrun Geiß, Anja Geis, Bettina Jungmann, Kerstin Schäfer.

▽ vor einiger Zeit ein CDU-Stadtverordneter wegen Mietwucher verknackt. Jetzt kam aber heraus, daß dort CDU-Stadtverordnete, wie andere, ihren Baugrund aus dem ‚Selbstbedienungsladen der Stadt‘ bezogen.

Das sind Tatsachen, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion. Wir erwähnen solche Beispiele nur, weil wir es unerträglich finden, daß Sie sich hier als alleinigen Hüter von Recht und Anstand hinstellen wollen. Sie haben es gerade nötig. Auch Sie haben, Land auf und Land ab, ähn-

liches praktiziert — was soll also der Vorwurf der Kungelei!

Wir wollen es ganz deutlich sagen: In dieser Gesellschaftsordnung ist der Sumpf Alltag. Die allgemeinen, auch heute geschilderten Zustände, sind Symptome des Spätkapitalismus in dem sich Spekulanten und Profitjäger bereichern können, in dem alles, auch die Wohnung, zur Ware wird. Dieser überlebten Gesellschaftsordnung sagen wir, im Gegensatz zu Ihnen, meine Damen und Herren von der CDU und der SPD, den Kampf an.“

Die DKP lehnt die Erhöhung der Kindergartengebühren ab

In der Stadtverordnetensitzung am 7. März 1978 wurde eine drastische Erhöhung der Kindergartengebühren beschlossen. Die DKP-Fraktion lehnte diese Erhöhung ab. Stadtverordneter Rudi Dötsch sagte dazu unter anderem:

„Wir sind prinzipiell gegen Gebührenerhöhungen für die arbeitende Bevölkerung, besonders aber gegen Erhöhungen von Kindergartengebühren. Kindergärten haben Bildungsaufgaben und müßten eigentlich wie Schulen kostenlos zugänglich sein. Vor einigen Jahren sprach man viel mehr als heute von der Weiterentwicklung der Kindergärten zu Einrichtungen der Vorschulerziehung. Die großen Pläne von einst sind aus Geldmangel, Müt- und Konzeptionslosigkeit, zur Zeit nicht durchführbar. Und von den, auch von Sozialdemokraten vertretenen richtigen Prinzipien der ‚kostenlosen Bildung im Elementarbereich‘ wird immer mehr abgerückt. Leider geht die SPD in dieser Frage den einfacheren Weg — sie geht rückwärts — sie kämpft nicht für die richtigen Forderungen. Wo bleibt denn die Forderung an das Land, die versprochene Personalkostenbeteiligung in den Kindergärten wahrzumachen?

Wenn die CDU heute vordergründig bei ihrer Ablehnung bleibt, so ist hier doch klarzustellen, daß sie natürlich auch für eine Erhöhung ist. Sie war es gestern und sie ist auch heute für ‚kostendeckende Gebühren‘. Wenn wir landauf, landab die niedrigsten Kindergartengebühren haben, so klopfen wir von der DKP uns dabei auf die Schultern, denn schon mehrmals wurde Anlauf genommen, diese zu erhöhen, doch wegen der Publizität unseres Standpunktes hat man bisher von einer Erhöhung Abstand genommen.

Wir treffen heute überall auf die gleiche Tendenz. Die Gebühren für soziale Leistungen werden angehoben. Dies wiederum findet in einer Zeit statt, in der auf vielen anderen Gebieten die Preise steigen. Ich erinnere nur an die Bahn und die Post. In einer Zeit, in der man an die Renten geht, wo der neue Wirtschaftsminister nur maximal vier Pro-

GROSSE DISKUSSION

Was wollen die Kommunisten wirklich?

Die antikommunistische Propaganda ist schon immer darauf ausgerichtet, die Absichten der Kommunisten zu entstellen und zu verleumdern.

Das geschieht so in der Presse, aber auch im Stadtparlament, vor allem von der CDU.

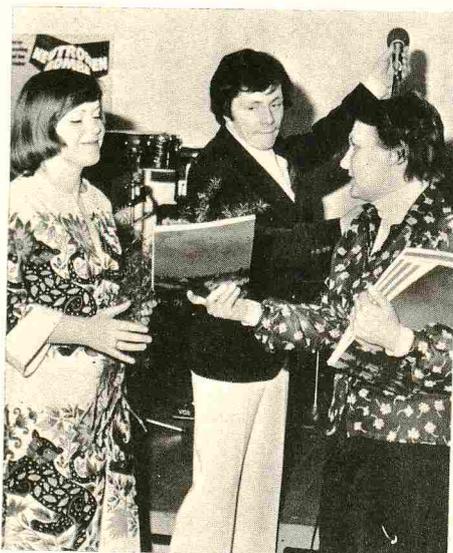
Dies ist uns Anlaß, einmal gründlich unser Programm in der Öffentlichkeit zur Diskussion zu stellen.

Dazu laden wir unsere Freunde, aber auch unsere Gegner, herzlich ein.

Kommen auch Sie zur großen Programmdiskussion der DKP-Mörfelden mit Mitgliedern des Parteivorstandes der DKP und den Landtagskandidaten.

Am Mittwoch, dem 12. April 1978, um 20 Uhr, im Bürgerhaus Mörfelden

zent und die CDU gar nur eine drei vor dem Komma von Lohnerhöhungen haben will. Sagen wir es doch deutlich: Steigende Preise und Gebühren bei stagnierenden Löhnen, das ist Reallohnabbau. Die DKP kann als Arbeiterpartei diesem Sozialabbau nicht zustimmen.



8. März — „Internationaler Frauentag“. — Über 100 Bürger fanden sich im Mörfelder Bürgerhaus zusammen. Waltraud Träger, die Sprecherin des Frauenarbeitskreises der DKP, begrüßte alle Anwesenden, vor allem aber das Unterhaltungsensemble „Munk-Krähmer“ aus der DDR. In ihrem Referat ging sie u.a. auf die jüngsten sozialpolitischen Kämpfe und die Arbeitslosigkeit ein.

„Die hohe Zahl der arbeitslosen Frauen und Jugendlichen ist eine Schande für unser Land“, meinte Waltraud Träger. Am Schluß der Veranstaltung wurde eine Geld- und Unterschriftensammlung für die kämpfenden Druckereiarbeiter durchgeführt. Unser Bild: Waltraud Träger bedankt sich mit Blumen und dem „Mörfelder Buch“ bei den Künstlern aus der DDR, die begeistert gefeiert wurden.

Eine „offene Antwort“ an Herrn Gohlke

Auf der Stadtverordneten-Sitzung im Februar wurde mit den Stimmen der SPD und der DKP beschlossen, daß in Walldorf bis zum 10. November des Jahres (an dem sich zum 40. Mal die sogenannte „Kristallnacht“ jährt) ein Gedenkstein für die Opfer des Faschismus errichtet wird.

Die CDU nahm dies zum Anlaß, gegen die antragsstellende DKP-Fraktion mit einer ausgesprochen gehässigen Polemik vorzugehen. DKP-Sprecher Rudi Hechler nahm dazu im Stadtparlament sofort Stellung.

Daraufhin gab es einen „Offenen Brief“ des CDU-Fraktions-Geschäftsführers Klaus Gohlke, den der „Freitags-Anzeiger“ im vollen Wortlaut abdruckte.

Um die Verleumdungen und Verdrehungen des Herrn Gohlke nicht im leeren Raum stehen zu lassen, sind wir gezwungen, im „blickpunkt“ eine „Offene Antwort“ zu geben.

Sehr geehrter Herr Gohlke, es wäre angenehmer gewesen, auf sachliche Argumente von Ihnen antworten zu können. Da ihre politische Bildung Sie jedoch immer dann im Stich läßt, wenn es um Kommunismus oder die DKP geht, muß man zunächst eine Grundfrage klären:

Woher eigentlich beziehen Sie Ihre Weisheiten über den Kommunismus? Ganz bestimmt haben Sie sich nie die Mühe gemacht, uns und unsere Ziele aus unserem eigenen Selbstverständnis heraus kennenzulernen. Ich gehe ganz bestimmt nicht fehl in der Annahme, daß Sie Ihr Wissen über uns ausschließlich von Gegnern des Sozialismus und Kommunismus beziehen. So sieht Ihre Argumentation denn auch aus.

Was Sie über uns an Behauptungen aufstellen, das gerecht höchstens an das Niveau eines jener Mitläufer heran, der sich durch „Bild“-Zeitung und Löwenthal vom ZDF mehr plump als raffiniert knebeln läßt.

Wie könnten Sie sonst die Dummheit begehen, Faschismus und Kommunismus auf eine Stufe zu stellen!

Wissen Sie nicht, Herr Gohlke, daß der Faschismus nichts anderes ist als Verbrechen? Wissen Sie nicht, daß genau aus diesem Grund alle politisch und moralisch integren Menschen gegen dieses Verbrechen ankämpften? Kommunisten ebenso wie Sozialdemokraten, Christen, die sich nicht anpaßten wie ebensolche Liberalen! Sie kämpften gemeinsam gegen das Verbrechen und sie litten gemeinsam unter dem Verbrechen. Nach 1945 waren deshalb auch CDU-Anhänger der Meinung, mit Kommunisten zusammenarbeiten zu können, weil sie folgenden Schluß aus der Zeit des Faschismus gezogen hatten: „Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden.“ Dieser Satz stammt nicht aus einem kommunistischen, sondern aus dem CDU-Programm von 1947! Aus diesem Grunde wirkten wir Kommunisten gemeinsam auch mit Christen an einem demokratischen Neubeginn hier in Hessen. Neben unserem Genossen Oskar Müller, Arbeitsminister, saß im selben Kabinett Werner Hilpert (CDU) als Minister. Sozialdemokraten, Kommunisten und die damaligen christlichen Demokraten erarbeiteten die Grundlagen für eine freiheitlich-demokratische Grundordnung. Sie erarbeiteten u.a. solche Verfassungsgrundsätze wonach jedermann nach seinen Fähigkeiten ein Recht auf Arbeit habe und Aussperren rechtswidrig seien.

Wer heute die Gefährdung der demokratischen Verfassungsgrundsätze bewirkt, das sind nicht die Kommunisten, sondern jene naß-forschen CDU-Leute um Dregger, Kanther etc., die finanziert werden aus den

Kassen des großen Geldes (die seinerzeit auch Hitler offenstanden); deshalb sind sie heute für Aussperrung, deshalb tun sie nichts für die Realisierung des Verfassungsgrundsatzes „Recht auf Arbeit“! Von Berufsverboten will

ich gar nicht erst reden, obwohl sie eine Knebelung spezieller Art sind.

Die bösartige Verleumdung, in sozialistischen Ländern würden Andersdenkende in Irrenanstalten gesteckt, wird dadurch nicht wahrhaftiger, daß Sie einfach Verleumdungen nachbeten, ohne sich jemals um die Wahrheit bemüht zu haben. Inzwischen nämlich haben auch neutrale Beobachter, die in der UdSSR weilten, festgestellt, daß in psychiatrischen Krankenhäusern jene bedauernswerten Menschen behandelt werden, die erkrankt sind, egal, ob sie ein KP-Mitgliedsbuch besitzen oder nicht.

Zum Schluß noch eine persönliche Bemerkung: Wir diskriminieren niemanden, wir haben niemanden im Stadtparlament als Neo-Nazi bezeichnet. Ich stehe deshalb nicht an zu beweisen, daß der verblendete Antikommunismus mancher CDU-Leute dem von Neo- und Alt-Nazis aufs Haar gleicht. Wenn Sie in Ihrem Offenen Brief das Gegenteil behaupten, so zeigt das nur, wie unduldsam Sie sind, ja, daß Sie überhaupt nicht genau hinhören können.

Rudi Hechler



Bundestagsparteien sagen ja zur Neutronenbombe

Alle drei Fraktionen des Bundestages haben sich mehr oder weniger offen für die Produktion der Neutronenbombe und ihre Stationierung auf dem Boden der Bundesrepublik ausgesprochen. Sie machen damit in der NATO den Vorreiter. Die CDU/CSU befürwortet die todbringende Massenvernichtungswaffe uneingeschränkt, SPD und FDP mit einem verschleierte Ja. Damit werden die Fragen der Entspannung und Abrüstung bedeutend erschwert.

DKP Mörfelden-Walldorf überbringt 200,- DM an die IG Druck + Papier

Die DKP-Mörfelden/Walldorf und die DKP-Stadtverordnetenfraktion überreichten mit einer Solidaritätserklärung 200 DM für die im Arbeitskampf stehenden Setzer und Drucker. In der Erklärung heißt es u.a.:

„Die Gewerkschaft Druck und Papier steht in einer sehr bedeutenden Auseinandersetzung mit den Unternehmern der Druckindustrie in der BRD. Durch Einführung neuer Technologien sollen Zehntausende Arbeitsplätze vernichtet und noch mehr qualifizierte Arbeitsplätze gegen schlechtere und vor allem minderbezahlte eingetauscht werden. Weder die Unternehmer noch der Staat sind bereit, die auf die Arbeiter zukommenden Lasten durch ein System der sozialen Sicherheit (Garantie des Arbeitsplatzes, des Verdienstes, der Weiterbildung, Umschulung, Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich u.a.m. zu gewährleisten. Dieses Problem betrifft aber nicht nur die Druckindustrie, sondern auch fast alle anderen Industriezweige und Verwaltungen. Die Auseinandersetzung in der Druckindustrie ist deswegen von besonderer Bedeutung, denn ihr Ergebnis wird im wesentlichen die Auseinandersetzungen um diese Problematik in allen Bereichen in der Zukunft bestimmen.“

- Die Fortschritte in Wissenschaft und Technik müssen den arbeitenden Menschen zugute kommen und nicht der Profitausweitung der Unternehmer.
- Das Diktat der Unternehmer darf nicht durchgesetzt werden. Wenn die arbeitenden Menschen jetzt nachgeben, haben sie viele Kämpfe von morgen schon verloren.

Zwei Stadtverordnete unserer Fraktion sind von Beruf Maschinensetzer. Deswegen werden gerade sie, auch im Parlament, für Solidarität mit den Arbeitern und Angestellten der Druckindustrie eintreten. Für die Sicherung

der Arbeitsplätze, gegen Reallohnabbau. Die Unternehmer stoßen gegen das erste Recht der UNO-Charta. Das Recht eines jeden Menschen auf Arbeit. Sie sperren aus. Sie handeln außerdem damit gegen die Gesetze und die Verfassung. In Artikel 29 (5) der Hessischen Verfassung heißt es: „Die Aussperrung ist rechtswidrig“. Mit der Haltung der Unternehmer wird folglich ein weiterer Aspekt verfolgt. Nämlich der Abbau demokratischer Rechte. Das Streikrecht soll ausgehöhlt werden, die in der Verfassung verankerten Rechte für die arbeitenden Menschen sollen Schritt für Schritt ihre Gültigkeit in der Praxis einbüßen. Dagegen müssen wir uns zur Wehr setzen. Alle demokratischen Kräfte müssen zusammenstehen zum Schutz ihrer besonders in der Verfassung garantierten Rechte und Freiheiten.

Das einzige Ziel der Unternehmer ist der Profit. Von Menschlichkeit kann da keine Rede mehr sein. Die Unternehmer haben die Macht, Kraft Eigentums an den Produktionsmitteln. Sie entscheiden über Produktion und Preise. Sie beschließen über die Gewinnverwendung und Verteilung. Sie verfügen über Investitionen und damit über Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen. Sie entscheiden über Betriebsschließungen, über den Zusammenschluß mit anderen Unternehmen und über Kapitalexpert.

Die Unternehmer setzen sich dabei auch über die elementarsten Menschenrechte hinweg, ist der Profit nur groß genug. Das hauptsächlichste Mittel sich dagegen zu wehren, ist der Streik.

In Artikel 39 der Hessischen Verfassung heißt es:

1. Jeder Mißbrauch der wirtschaftlichen Freiheit – insbesondere zu monopolistischer Machtzusammenballung und zu politischer Macht – ist untersagt.
2. Vermögen, das die Gefahr solchen Mißbrauchs wirtschaftlicher Freiheit in sich birgt, ist auf Grund gesetzlicher Bestimmungen in Gemeineigentum zu überführen.

Die Unternehmer, gerade in der Druckindustrie, schaffen ungeheure Monopole und benutzen sie zur Ausübung politischer Macht, nämlich der Meinungsmanipulation. Die Unternehmer sperren aus.

Liebe Kolleginnen und Kollegen!
Der zur Zeit stattfindende Arbeitskampf ist von großer Bedeutung. Wir unterstützen Eure berechtigten Forderungen mit vollem Herzen und mit ganzer Kraft. Zum Zeichen unserer Solidarität überreichen wir Euch 200,- DM von Fraktion und Ortsvorstand unserer Partei in Mörfelden und Walldorf.



Rote Nelken auf dem Rathaus-Platz in Mörfelden. Mitglieder des Frauenarbeitskreises der DKP-Mörfelden und DKP-Stadtverordnete überreichten an Mörfelder Frauen und Mädchen Nelken zum „Internationalen Frauentag“.



Mörfelden gestern

Heute wieder ein historisches Bild, dessen Entstehungszeit im Dunkeln liegt. Es zeigt gleich drei Generationen Bauarbeiter, nur wenige der Abgebildeten sind noch bekannt. Mörfelder Maurer, Männer, die hart zupacken konnten, die unter heute kaum noch vorstellbaren Arbeitsbedingungen ihr Brot verdienen mußten. Männer, die sich nicht beugten, die aufrecht für ein besseres Leben eintraten. Am 23. August 1897 gründeten sie ihre Bauarbeiter-Zahlstelle und schon 1906 waren 95 Prozent aller hiesigen Maurer in der Gewerkschaft organisiert. Vorbilder.

„Merfelder Gebabbel“

Im Juni wird der „blickpunkt“ ein Buch herausgeben, das unter dem Titel „Merfelder Gebabbel“, Geschichten, Zeichnungen und Fotos vom alten Mörfelden zum Inhalt hat.

Ein Hauptteil des Buches ist dem Mörfelder Dialekt und seiner Entstehung gewidmet.

Wir wollen damit vor allem erreichen, daß der Heimatdialekt und die „Geschichten von gestern“ nicht in Vergessenheit geraten. Alle unsere Leser, die uns bei der Herausgabe helfen wollen, bitten wir, sich mit uns in Verbindung zu setzen.

Wir suchen: Alte Fotos, Zeichnungen, alte Geschichten, vor allem aber Wörtersammlungen im Mörfelder Dialekt.

Kinderferienlager in der DDR – Wer will mit?

Kinder im Alter von 10 bis 14 Jahren können mitfahren. Es geht nach Rathsfeld im Bezirk Erfurt.
Kosten: 60,- DM für zwei Wochen.

Interessenten melden sich bei:
Gitti Haag, Forsthausstraße 45,
Telefon: 33 22

Übrigens:

Die Jungen Pioniere Mörfelden treffen sich jeden Samstag, um 15.00 Uhr im Jugendzentrum am Bahndamm.

Wieder eine Thälmann-Straße in Mörfelden

Auf den Sitzungen der zuständigen Ausschüsse des Stadtparlaments wurde der Vorschlag der SPD-Fraktion angenommen, im Neubaugebiet eine Straße nach Ernst Thälmann zu benennen. Für diesen Vorschlag stimmten SPD und DKP, dagegen votierte die CDU-Fraktion.

Im neuen Baugebiet soll ein ganzes Viertel nach Widerstandskämpfern benannt werden, die gegen Hitler und gegen den Krieg auftraten. Die beiden ersten Straßen, die jetzt hier ihren Namen erhalten konnten, waren die Thälmann- und die Bonhoeffer-Straße.